

Die Schweiz ist sozialdemokratischer geworden, als wir das je beschlossen haben. Zeit für einen Kurswechsel

Worum es geht

Von Markus Somm



In der langen Geschichte des schweizerischen Bundesstaates seit 1848 hatte die Linke noch nie so viel Einfluss auf die Politik unseres Landes wie in den vergangenen vier Jahren. Betrachtet man die Tragweite der Entscheide, die SP und Grüne in ihrem Sinne prägen konnten, dann zählen diese vier Jahre sogar doppelt. Nie musste man einen Präsidenten der SP so ernst nehmen wie Christian Levrat, nie gab es einen Parteiführer auch, der so selbstsicher, wenn nicht selbstverliebt seine Macht im Land vor sich hertrug. Wie weit die Linke auf ihrem Marsch durch die Institutionen vorwärtsgekommen ist, hat erst vor Kurzem eine Untersuchung des klugen Politgeografen Michael Hermann ergeben, die er für die NZZ vorgenommen hat: Obwohl die Bürgerlichen nominell im Parlament eine klare Mehrheit von zwei Dritteln aufweisen, vermochte die Linke die Hälfte der Beschlüsse und Abstimmungen in der letzten Legislatur zu ihren Gunsten zu entscheiden. Noch vier Jahre zuvor, von 2007 bis 2011, waren es 43 Prozent gewesen, was damals im Vergleich zu früher ebenfalls ein Rekord war. Die SP kam in den letzten Wahlen auf einen Wähleranteil von 19 Prozent.

Hätten ihre Vorgänger so ungeschickt Politik betrieben: Es gäbe die CVP wohl gar nicht mehr.

Durchleuchtet man die einzelnen Geschäfte genauer, wie das unser Bundeshauschef Dominik Feusi glänzend getan hat, ist das Ergebnis aus bürgerlicher Sicht noch verheerender. Viele Abstimmungen, welche die Bürgerlichen gewannen, waren nämlich eher symbolischer Natur, es handelte sich um extreme Volksinitiativen der Linken, die man tapfer versenkte, was für die Initianten zwar ärgerlich war, aber für die Politik der Schweiz kaum Folgen zeitigte. Wie welfremd, wie ungefährlich diese Initiativen waren, ob etwa die Mindestlohn-Initiative oder die 1:12-Initiative, erwies sich spätestens bei der Volksabstimmung, wo sie in fast schon demütigender Art und Weise vom Volk niedergewalzt wurden. Mit anderen Worten, die Initianten waren so weit weg von dem, was die Bürger für vernünftig hielten, dass es auf die Empfehlung des Parlamentes gar nicht ankam. Die Bürgerlichen hätten geradeso gut schweigen können. Es war ein Sieg für das gute bürgerliche Gewissen, ein Triumph für das Poesiealbum, ein Durchbruch ohne politische Konsequenzen.

Wenn die Linke sich dagegen im Parlament durchsetzte, dann geschah das bei Geschäften, die unser Land auf Jahrzehnte hinaus prägen, aus meiner Sicht sogar beschädigen. Ob Energie-Strategie oder Finanzmarktregulierung, ob Revi-

sion der Arbeitslosenversicherung oder öffentlicher Verkehr: Hier wurde Enormes installiert, nicht Symbolisches. Während die Bürgerlichen sich an virtuellen Erfolgen berauschten, machten die Linken handfeste Politik.

Zugegeben, die SP und ihre linken Verbündeten, die Grünen, waren nicht imstande, das als Minderheit zu beschliessen – noch gilt in Bern das Mehrheitsprinzip –, vielmehr waren sie stets auf die Mitte angewiesen, insbesondere auf CVP, BDP oder Grünliberale. Alles, was die SP sich in ihren kühnen Programmen ausgedacht hatte, konnte sie nicht erreichen, aber sehr viel; verglichen zu früheren Zeiten, fast alles. Die SP schloss Kompromisse – aber kleine, munzige, dekorative. Es sind Kompromisse zwischen Links und Halblinks, von bürgerlichem Gedankengut ist wenig zu erkennen. Mit Methoden der Nanowissenschaft sind sie allenfalls aufzuspüren.

Im Kleingedruckten ausgelebt

Wenn wir die Lösungen dieser sogenannten Mitte-links-Mehrheit analysieren, die am Ende im Parlament häufig obsiegten, dann ist eines offensichtlich: Es war die Linke, die jeweils viel mehr Eigenes durchbrachte. Vor allem im Prinzipiellen erfüllte sie sich ihre ältesten Wünsche, während etwa die CVP sich im Kleingedruckten ausleben durfte. Es waren stets schiefe Kompromisse: Die Linke nahm immer viel, viel mehr, als sie gab, während sich die CVP so gut wie von allem entblösste, was sie seit Jahrzehnten vertrat, um sich mit einigen Resten zufriedenzugeben, in der Hoffnung, irgendein Wähler nehme das wahr und übersehe, was die CVP dafür an Grundsätzlichem aufgegeben hatte.

Ein Beispiel: Die Energie-Strategie war und ist inspiriert vom Wunsch, aus der Atomkraft auszusteigen. War das je ein Ziel der CVP? Kurz vor den Wahlen, weil ihre einzige Bundesrätin, Doris Leuthard, aus dem Atomkanton sich von einem Tag auf den andern um 180 Grad drehte und auf ihre grüne Seele stiess, entdeckten auch die Christlichdemokraten die Skepsis gegenüber der Kernkraft. Jahrzehntelang gehörten sie zu den treuesten oder je nach Geschmack: stursten Anhängern der AKW, besonders die Aargauer.

Partei ohne Gedächtnis

Mit anderen Worten, es war kein Kernanliegen, das die CVP in diese Energie-Strategie einbrachte, sondern im Gegenteil ein Meinungs-umschwung spektakulären Ausmasses steckte dahinter, wie es sich eine christliche Partei, die sich einer zweitausendjährigen Religion verbunden fühlt, eigentlich nicht allzu oft leisten sollte.

Für die Linke dagegen war viermal Weihnachten: Seit den Siebzigerjahren hatten sie die AKW bekämpft, an der Urne, in der ihr nahestehenden Presse, im Parlament: immer ohne jeden Erfolg – nur ein Moratorium brachten sie zustande, nie den definitiven Verzicht. Die Zukunft war offen. Besonders das Volk und die Stände folgten den Atomkraftgegnern nie, sie

blieben eine laute, aber schwache Minderheit, ein Ausstieg schien chancenlos. Über Nacht, dank Leuthard, dank Eveline Widmer-Schlumpf und dank Fukushima gelang es der SP, den Atomausstieg im Bundesrat salonfähig zu machen.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Man darf seine Meinung ändern. Selbst die CVP ist dazu berechtigt, natürlich darf sie mit der Linken Lösungen suchen. Wenn aber die Kompromisse, die Mitte-Links schliesst, stets die Linke bevorteilt, während die bürgerlichen Partner sich gleichzeitig auf den Kopf stellen, ohne dafür ein Zugeständnis von der Linken zu erhalten, fragt man sich: Wo hat die CVP verhandeln gelernt? Im Himmel oder in der Hölle? Hätten ihre Vorgänger so ungeschickt Politik betrieben: Es gäbe die Partei wohl gar nicht mehr. Nie wäre es ihnen gelungen, den mächtigen Freisinn zu übertölpeln. Martin Rosenberg, der einstige Generalsekretär der CVP und geniale Erfinder der Zauberformel, dem 1959 das Kunststück glückte, die FDP zu entthronen, würde sich im Grab umdrehen.

Die Bruchpiloten

Von diesen glanzvollen Tagen ist die CVP heute weit entfernt. Unter der erraticen Führung von Christophe Darbellay (VS) und Urs Schwaller (FR) hat sich die CVP in einen Sturzflug begeben, der ihr nichts gebracht, sie aber fast alles gekostet hat. Man hat der SP geholfen, Christoph Blocher (SVP) abzuwählen – und erhielt dafür: nichts. Schwaller blieb Ständerat, er wurde nicht Bundesrat. Man hat der BDP geholfen, ihre Bundesrätin Widmer-Schlumpf zu wählen und zu bestätigen – und bekam dafür: nichts. Von einer Fusion will die Mikropartei nichts wissen. Zuerst müssten wohl sämtliche CVP-Mitglieder der reformierten Landeskirche beitreten. Die CVP, die stolze alte Partei, stand da wie bestellt und nicht abgeholt. Ich kenne keine Partei, die sowohl im Personalpolitischen als auch im Inhaltlichen so hohe Risiken eingegangen ist und so unendlich wenig dafür eingehandelt hat. Das aber ist das Problem der CVP und bräuchte uns, die wir zusehen, nicht zu kümmern.

Es ist aber leider auch ein Problem für unser Land. Wenn wir die Ergebnisse in den Volksabstimmungen mit den Resultaten im Parlament oder den Entscheiden im Bundesrat vergleichen, ist offensichtlich, dass sich ein Graben zwischen Bern und der Bevölkerung aufgetan hat. Nicht in allen Fragen, aber immer öfter: Nach wie vor stimmen die Bürger meistens zuverlässig bürgerlich, sie wählen auch zu zwei Dritteln bürgerliche Parteien, oder Parteien, die sie dafür halten. Doch das ist der springende Punkt: Wer vor vier Jahren CVP oder BDP (immerhin eine Abspaltung der rechten SVP!) oder Grünliberale wählte, war sich sicher nicht bewusst, sich damit für das halbe Parteiprogramm der SP entschieden zu haben. Diese Parteien, die sich gerne als konstruktive Mitte sehen, haben entschlossen der Dekonstruktion der bürgerlichen Schweiz zugearbeitet. Sie haben



Ein Graben tut sich auf. Die Mehrheiten im Land müssen auch in Bern wieder zu Mehrheiten werden. Foto Keystone

sich verbündet mit einer Kraft, der sie nie und nimmer gewachsen waren: Die SP, eine intelligente, wenig tolerante, oft dogmatische Minderheit, hat es verstanden, aus ihren 19 Prozent Wähleranteil viel mehr abzuleiten, als ihr demokratisch gesehen eigentlich zustünde.

Sofern eine klare Mehrheit der Schweizer Stimmbürger nach wie vor eine bürgerliche Schweiz einer sozialdemokratischen vorzieht, ist es hohe Zeit, das zu korrigieren. Wer das erreichen will, muss am 18. Oktober bei den Nationalratswahlen FDP und SVP wählen; man kann sich auch für die CVP entscheiden, aber nur für einzelne Persönlichkeiten, deren bürgerlicher Leistungsausweis unzweifelhaft ist. Alles andere ist va banque. Wer dagegen BDP oder GLP einlegt, verschenkt seine Stimme an die SP.

Dass die meisten Schweizer im Gegensatz zu manchen ihrer Vertreter in Bern bürgerlich denken, hat sich in den vergangenen vier Jahren in fast jeder Volksabstimmung erwiesen. So gut wie kein Anliegen der Linken hat auch nur annähernd eine Mehrheit der Bevölkerung überzeugt.

Diese Mehrheiten im Land müssen auch in Bern wieder zu Mehrheiten werden. Darauf kommt es an. markus.somm@baz.ch

Zeitzeichen



Bazillus

Das Geheimnis des TV-Händlers

Von Sigfried Schibli

Guter Rat, sagt das Sprichwort, ist teuer. Muss er aber nicht sein. Dieser Rat hier kostet nur die Lesezeit von wenigen Minuten. – Was soll ein Fernsehverkäufer tun, der zwei gleichwertige Geräte auf Lager hat, ein teureres und ein billigeres, und naturgemäss lieber das teurere verkaufen möchte? Er nimmt ein drittes hinzu, das ebenso viel kostet wie das teure Gerät, aber von erkennbar schlechterer Qualität ist. Dem Kunden, der ein TV-Gerät kaufen will, zeigt er nur die beiden hochpreisigen Kisten, also die gute und die weniger gute, und lässt ihn vergleichen. Der Kaufwillige wird sich für das teure Gerät mit der besseren Bildqualität entscheiden, nicht ahnend, dass dieselbe Qualität auch günstiger zu haben wäre.

Dieser Verkaufstrick entstammt nicht etwa dem Gehirn eines schmierigen Hinterhofhändlers. Wir verdanken ihm dem Verhaltensökonom Ernst Fehr, der in einem Ranking der FAZ zum zweitwichtigsten Ökonomen in ganz Deutschland erkoren worden ist. Der 59-jährige Fehr selbst ist ein gutes Beispiel für Verhaltensökonomie. Er stammt aus Österreich, lehrt aber seit vielen Jahren empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Zürich.